Bericht aus Brüssel

11/2025 vom 26.05.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen– und Verteidigungspolitik 3

Europäisches Parlament 4

Europäischer Ausschuss der Regionen 5

Wirtschaft 6

Verkehr 8

Energie 8

Digital 9

Forschung 10

Finanzen 11

Gesundheit und Verbraucherschutz 12

Landwirtschaft und Umwelt 14

Justiz 15

Inneres 17

Bildung und Kultur 18

Information, Kommunikation und Medien 19

EU–Förderprogramme 20

Veranstaltungen 20

Vorschau 22

Rat; Kommission; Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft
Am 16.05.2025 fand eine Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Tirana (Albanien) mit 45 Staats- und Regierungschefs aus Europa; Präsident des Europäischen Rates, António Costa; Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie die Präsidentin des EP, Roberta Metsola, statt. Thematische Schwerpunkte der Tagung waren Europas Sicherheit und demokratische Resilienz, darunter Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten Europas, das Thema Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Sicherheit, wobei Konnektivität, Innovation und die Überwindung strategischer Abhängigkeiten im Mittelpunkt standen und der Themenkomplex Herausforderungen im Bereich Mobilität, Migration und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Jugend.
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2025/05/16/

Kommission; Rat; Gipfeltreffen EU-GBR
Am 19.05.2025 fand das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und GBR seit dem Austritt aus der EU statt. Präsident des Europäischen Rates, António Costa und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, kamen in London mit Keir Starmer, Premierminister von GBR, zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung von EU und GBR wurde eine neue strategische Partnerschaft vereinbart insbesondere bei der Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit in Europa. Es wurde ebenfalls eine neue Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und GBR beschlossen, in der Bereiche ausgelotet werden, in denen die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und GBR gestärkt werden kann. Als erste Bereiche werden u.a. die Stärkung der Volkswirtschaften bei gleichzeitigem Schutz des Planeten und seiner Ressourcen, Innere Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit sowie die irreguläre Migration genannt. Auf dem Gipfeltreffen wurde des Weiteren die Vereinbarung einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und GBR geschlossen.
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2025/05/19/

Rat; 17. Sanktionspaket gegen Russland
Der Rat hat am 20.05.2025 das 17. Sanktionspaket gegen Russland wegen dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine angenommen. Das Paket enthält wirtschaftliche und individuelle restriktive Maßnahmen, mit denen Russland der Zugang zu militärischer Schlüsseltechnologie abgeschnitten und seine Energieeinnahmen, die seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine finanzieren, beschnitten werden sollen. Es sollen hierbei vor allem Russlands „Schattenflotte“ von Öltankern und deren Betreiber sowie ein großer russischer Ölproduzent ins Visier genommen werden.
https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/05/20/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-eu-agrees-17th-package-of-sanctions/

Rat; Tagung EU - Afrikanische Union
Die Außenminister der EU und der Afrikanischen Union (AU) sind am 21.05.2025 zusammenkommen, um einen Gedankenaustausch über die Partnerschaft zwischen der EU und der AU zu führen und sich darüber austauschen, wie die Zusammenarbeit ihrer Partnerschaft weiter gestärkt werden kann. Den gemeinsamen Vorsitz führten die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Kaja Kallas, und der angolanische Außenminister, Tete António, Vorsitzender des Exekutivrates der AU. Auf der Tagung wurden folgende Themenkomplexe schwerpunktmäßig erörtert und eine gemeinsame Erklärung dazu verfasst: Frieden, Sicherheit und Governance; Multilateralismus; Wohlstand und Menschen, Migration und Mobilität.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2025/05/21/eu-au/

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 21.-22.05.2025 in Brüssel

EP stimmt für Vereinfachung des CO_2-Grenzausgleichssystem der EU (CBAM)
Das EP hat am 22.05.2025 dem Vorschlag der Kommission zur Vereinfachung des CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) mit einer Mehrheit von 564 - 20 - 12 zugestimmt. Die Änderungen sollen die Verwaltungsbelastung für kleine und mittlere Unternehmen sowie gelegentliche Importeure verringern. Das EP nahm technische Klarstellungen vor und unterstützte die Einführung einer neuen de-minimis-Grenze von 50 Tonnen. Dadurch würden die meisten Importeure (90%) – vor allem kleine und mittlere Unternehmen sowie Einzelpersonen, die nur geringe Mengen CBAM-pflichtiger Waren einführen – von den Verpflichtungen befreit. Die Umweltziele des CBAM blieben jedoch erreichbar, da weiterhin 99% der gesamten CO_2-Emissionen aus Importen von Eisen, Stahl, Aluminium, Zement und Düngemitteln erfasst würden. Für die betroffenen Importe wird zudem das Zulassungsverfahren für diejenigen, die CBAM-pflichtige Waren einführen möchten, vereinfacht, ebenso die Emissionsberechnung sowie das Management der CBAM-Finanzverpflichtungen.
https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250515IPR28461/parlament-stimmt-fur-vereinfachung-des-eu-instruments-gegen-co2-verlagerung

EP billigt neue Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Russland und Belarus
Das EP hat am 22.05.2025 mit einer Mehrheit von 411 - 100 - 78 den Vorschlag der Kommission gebilligt, EU-Zölle auf landwirtschaftliche Produkte aus Russland und Belarus um 50% zu erhöhen. Zu den Produkten, die von den neuen Zöllen betroffen sind, gehören Zucker, Essig, Mehl und Tierfutter. Der Text sieht außerdem einen Zollsatz von 6,5% auf aus Russland und Belarus importierte Düngemittel vor, zuzüglich eines Festzolls von 40 bis 45 Euro pro Tonne für den Zeitraum 2025–2026. Diese Abgaben sollen bis 2028 auf 430 Euro pro Tonne steigen. Die Einnahmen aus dem Verkauf russischer und belarussischer Düngemittel gelten als direkte Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die EU-Importe der betreffenden Waren deutlich verringern – unabhängig davon, ob sie direkt oder indirekt aus Russland oder Belarus stammen. Dies dürfte zu einer weiteren Diversifizierung der EU-Düngemittelproduktion führen, die derzeit unter den niedrigen Preisen der Importe leidet.
https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20250515IPR28464/zolle-auf-landwirtschaftliche-produkte-aus-russland-und-belarus

166. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)
Am 14./15.05.2025 fand in Brüssel die 166. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschließungen verabschiedet: „Schaffung eines Europäischen Forschungsraums: die lokale und regionale Perspektive“, „Rolle der Städte und Regionen im Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“, „Arbeitskräfte im Gesundheitswesen Herausforderungen und Lösungen in den Regionen“, „Die Kohäsionspolitik als Schlüsselfaktor für die Verwirklichung der Ziele und Reformen der EU - weitere Nutzung ihres leistungsbasierten Ansatzes unter Berücksichtigung von Dezentralisierung, Partnerschaft und Multi-Level-Governance“, „Metropolregionen und funktionale Stadtgebiete als sozioökonomische Impulsgeber für nachhaltige Investitionen im kohäsionspolitischen Rahmen 2020-2027“, „Stärkung der Position der Landwirte in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette“, „Entschließung zu den Prioritäten des Europäischen Ausschusses der Regionen 2025 – 2030“, „Entschließung zur Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik 2021 – 2027“ sowie „Entschließung im Hinblick auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen“. Außerdem fanden Aussprachen mit Ekaterina Zaharieva, Mitglied der Kommission für Start-ups, Forschung und Innovation, mit Monika Sikora, Staatssekretärin im polnischen Ministerium für Fonds und Regionalpolitik sowie mit Cristina Gherasimov, stellvertretende Ministerpräsidentin für europäische Integration der Republik Moldau statt.
https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2217717&meetingSessionId=2273164

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung
Am 21.05.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung“ sowie „Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern“.
https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2225275&meetingSessionId=2282476

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung
Am 22.05.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Dabei wurden Meinungsaustausche über folgende Arbeitsdokumente geführt: „Ein einfacheres und schnelleres Europa“ sowie „Stärkung der territorialen Dimension der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz“.
https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2218911&meetingSessionId=2274654

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung
Am 23.05.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fanden Abstimmungen über folgende Stellungnahmeentwürfe statt: „Europäische Verteidigung - Bereitschaft 2030“ sowie „Deal für eine saubere Industrie“.
https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2219362&meetingSessionId=2275272

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für die Fusionskontrolle

Die Kommission hat am 08.05.2025 eine Konsultation zur Überarbeitung ihrer Leitlinien für die Fusionskontrolle eröffnet. Die Überarbeitung ist aus Sicht der Kommission notwendig angesichts von Trends und Marktgegebenheiten, welche die europäische Wirtschaft verändert haben. Die Rückmeldefrist endet am 03.09.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14596-Leitlinien-fur-die-Fusionskontrolle-Uberprufung_de

Kommission; Strategischer Dialog mit der europäischen Verteidigungsindustrie nimmt seine Arbeit auf

Am 12.05.2025 fand die erste ersten Sitzung des strategischen Dialoges mit Vertretern der europäischen Verteidigungsindustrie unter Leitung der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen statt. Sie hob in der Sitzung die entscheidende Rolle der Branche für die europäische Sicherheit in einer sich rasch wandelnden geopolitischen Lage hervor. Wichtig sei, dass die europäische Verteidigungsindustrie in großem Maßstab und zügig reagieren könne. Sie würdigte die Bemühungen der Unternehmen seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, wodurch u.a. die Produktion erheblich gesteigert und neue Fertigungsstraßen eingeführt wurden. Von der Leyen wies auf die anhaltenden strukturellen Herausforderungen für die Branche hin, wie u.a. die bestehenden regulatorischen Hindernisse, sowie der Zugang zu Rohstoffen, Finanzmitteln und qualifizierten Arbeitskräften. Sie kündigte an, durch enge und konstruktive Gespräche mit der Industrie arbeiten zu wollen. Sie forderte die Industrie auf, ihre Anliegen in künftige Initiativen, wie dem angekündigten Omnibus-Paket für den Verteidigungsbereich, einzubringen.
https://germany.representation.ec.europa.eu/news/strategischer-dialog-mit-der-europaischen-verteidigungsindustrie-nimmt-arbeit-auf-2025-05-13_de

Rat; Tagung des Handelsministerrats

Am 15.05.2025 tagte der Rat für auswärtige Angelegenheiten (Handel). Der Rat führte eine Debatte zu den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Die Ministerinnen und Minister bekräftigten ihre allgemeine Haltung und die Einheit der EU in Bezug auf die neue Handelspolitik der USA. Eine für beide Seiten akzeptable Lösung innerhalb der 90-tägigen teilweisen Aussetzung der US-Maßnahmen und EU-Gegenmaßnahmen sei für die Mitgliedstaaten die bevorzugte Option. Außerdem tauschte man sich über die europäische Wirtschaftssicherheit aus, wobei insbesondere die Überprüfung der Ausfuhr- und Auslandsinvestitionskontrolle besprochen wurde.
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2025/05/15/

Eurostat; Zuwachs des EU-Handelsüberschuss im März 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Laut vorläufiger Zahlen von Eurostat vom 16.05.2025 verzeichnet der Euroraum im März 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Zuwachs beim Handelsüberschuss im Warenverkehr mit der restlichen Welt um 13,6%. Er steigt damit laut Eurostat auf 36,8 Mrd. EUR. In der EU habe der Überschuss im selben Zeitraum bei 35,3 Mrd. EUR gelegen, ein Anstieg um 15,2%. Hauptverursacher waren laut Eurostat jeweils die Produktgruppe „Chemische Erzeugnisse & verwandte Produkte“. Wichtigster Handelspartner der EU sei weiterhin die USA, gefolgt von China.
https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/6-16052025-ap

Kommission; Vorlage der Binnenmarktstrategie

Am 21.05.2025 hat Exekutivvizepräsident Stéphane Séjourné die neue Binnenmarktstrategie vorgelegt. Ziel der Strategie sei es, es Unternehmen zu erleichtern in Europa erfolgreich zu sein, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und strategische Autonomie und Sicherheit zu unterstützen. Die Kommission konzentriere sich dabei auf fünf Aufgabenfelder und untersetze diese jeweils mit konkreten Vorschlägen für künftige Aktionen. Erstens will sie sich auf den Abbau von Barrieren konzentrieren und hat dafür zehn Hindernisse identifiziert, die den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr am stärksten behindern, wie z.B. die begrenzte Anerkennung von Berufsqualifikationen, das Fehlen gemeinsamer Standards; oder auch die fragmentierten Vorschriften für Verpackungen. An der Beseitigung dieser Hindernisse will sie arbeiten. Zweitens will sie den europäischen Dienstleistungssektor stärken, wobei sie sich auf bestimmte Dienstleistungssektoren fokussieren will, wie u.a. auf die Dienstleistungen im Baubereich und die industriebezogenen Dienstleistungen. Zudem will sie die Entwicklung und das Wachstum von KMU unterstützen, u.a. durch die Einführung einer neuen Kategorie von kleinen Midcap-Unternehmen. Viertens geht es der Kommission um die Vereinfachung der bestehenden Vorschriften und Normierung der Digitalisierung sowie fünftens um die Verbesserung der gemeinsamen Verantwortung für den Binnenmarkt. Zu diesem Zweck schlägt sie u.a. vor, dass die Mitgliedstaaten einen hochrangigen Vertreter für den Binnenmarkt („Sherpa“) benennen, der die Anwendung der EU-Binnenmarktvorschriften überwacht.
https://single-market-economy.ec.europa.eu/publications/single-market-our-european-home-market-uncertain-world_en

Kommission; Vorlage des vierten Omnibusses zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für Unternehmen

Am 21.05.2025 hat Exekutivvizepräsident Stéphane Séjourné ein viertes Omnibus-Paket vorgelegt. Durch gezielte Änderungen in acht verschiedenen Rechtsakten sollen eine Vereinfachung der Vorschriften und vor allem dadurch eine Verringerung des Verwaltungsaufwands bei den Unternehmen in der EU herbeigeführt werden. Mit den Vorschlägen will die Kommission die jährlichen Verwaltungskosten für Unternehmen um weitere 400 Mio. EUR senken. Um dieses Ziel zu erreichen, will sie u.a. bestimmte Unterstützungsmaßnahmen für KMU ausweiten auf kleine Unternehmen mit einer mittleren Kapitalisierung, damit diese Unternehmen von einer Verringerung von Berichtspflichten profitieren und ihren Verwaltungsaufwand reduzieren können. Dazu führt die Kommission eine neue Kategorie von Unternehmen ein durch die Definition von „Small- Mid-Cap“ (SMC). Die neue Kategorie SMC umfasst Unternehmen mit mehr als 250 aber weniger als 750 Beschäftigten und entweder bis zu 150 Mio. EUR Jahresumsatz oder bis zu 129 Mio. EUR Gesamtvermögen. Das sind laut Kommission ca. 38.000 Unternehmen in der gesamten EU. Diese sollen zum ersten Mal Zugang zu bestimmten bestehenden KMU-Vorteilen erhalten.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1277

V e r k e h r

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Flugdienste
Die Kommission hat am 12.05.2025 eine Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Flugdienste eröffnet. Die derzeitigen EU-Vorschriften decken insbesondere Bereiche wie Betriebsanforderungen, Dienstleistungsfreiheit und Preisfreiheit ab. Mit der Initiative sollen laut Kommission die Vorschriften vor dem Hintergrund der während der COVID-19-Pandemie gewonnenen Erkenntnisse und der sich verändernden Marktdynamik sowie geopolitischer und ökologischer Entwicklungen aktualisiert werden. Ziel sei es, den EU-Luftfahrtbinnenmarkt weiterhin verbraucherorientiert, erschwinglich, zuverlässig, sozial, ökologisch nachhaltig und weltweit wettbewerbsfähig zu gestalten. Die Rückmeldefrist endet am 09.06.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14620-Luftfahrt-EU-Vorschriften-fur-Flugdienste-Uberarbeitung-_de

Kommission; Fördermittel für „Intelligente Transport-Systeme“
Die Kommission gab über ihre Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) am 16.05.2025 bekannt, dass Fördermittel in Höhe von 850 Mio. EUR seit 2014 über die Programme „Connecting Europe Facility“ (CEF) für Transport und Horizont Transport in Intelligente Transport-Systeme (ITS) geflossen sind. Ziel sei die Förderung transeuropäischer Infrastruktur und die Unterstützung von Forschungs- und Innovationsinitiativen zur Schaffung neuer Mobilitätslösungen. Diese sei unerlässlich für einen sichereren, umweltfreundlicheren und besser vernetzten Verkehr.
https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/new-cinea-publication-intelligent-transport-systems-eu-2025-05-16_en

E n e r g i e

Kommission; Erste Sitzung des strategischen Dialogs mit der chemischen Industrie
Am 12.05.2025 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die erste Sitzung eines Dialogs über die Zukunft der chemischen Industrie in Europa mit Industrievertretern eröffnet. Von der Leyen würdigte die Schlüsselrolle dieses Sektors für viele Aspekte des täglichen Lebens der Europäer. Die chemische Industrie leiste einen entscheidenden Beitrag zu Schlüsselsektoren wie Verteidigung, Gesundheitswesen oder Energie. Neben der Kommissionspräsidentin nahmen am Dialog auch der Exekutivvizepräsident Stéphane Séjourné und die Kommissarin für Umwelt Jessika Roswall teil. Ziel des strategischen Dialogs sei es, gemeinsam Maßnahmen zu ermitteln, um die Verpflichtungen der Kommission zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie bei gleichzeitiger Gewährleistung von Nachhaltigkeit, Sicherheit und Gefahrenabwehr zu erfüllen.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/read_25_1198

Rat; Informelle Tagung des Energieministerrats
Am 12./13.05.2025 fand eine informelle Tagung des Energieministerrats in Warschau statt. Dabei wurde insbesondere über den Wiederaufbau der Ukraine gesprochen sowie der Angleich Moldawiens und der Ukraine an die europäische Energiegesetzgebung, um die Integration von Energienetzen beider Länder in den europäischen Markt zu ermöglichen. An den Gesprächen nahmen auch Vertreterinnen

und Vertreter der Länder der europäischen Freihandelsassoziation, aus GBR und von der internationalen Energieagentur teil.
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2025/05/12-13/

Kommission; Öffentliche Konsultation zum europäischen Energienetz
Die Kommission hat am 13.05.2025 eine Konsultation zur derzeitigen Umsetzung und zu den Auswirkungen des EU-Rechtsrahmens für Energienetze eröffnet. Ziel dieser Konsultation sei es, fundierte und qualitativ hochwertige Nachweise, Informationen, Daten und Rückmeldungen darüber zu sammeln, wie sich die Verordnung zu den Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und andere einschlägige Rechtsvorschriften bewährt haben und ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind. Die Rückmeldefrist endet am 05.08.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14672-European-grid-package_de

Kommission; Öffentliche Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung über Daten für den Versorgerwechsel
Die Kommission hat am 20.05.2025 eine Konsultation über einen Entwurf einer Durchführungsverordnung über Interoperabilitätsanforderungen und nichtdiskriminierende sowie transparente Verfahren für den Zugang zu den Daten, die für den Kundenwechsel erforderlichen sind, eröffnet. Durch uneingeschränkte Interoperabilität von Energiedienstleistungen innerhalb der EU soll laut Kommission der Wettbewerb gefördert und übermäßige Verwaltungskosten vermieden werden. Die Durchführungsverordnung behandelt nur Daten für den Versorgerwechsel. Die Rückmeldefrist endet am 17.06.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13937-Zugang-zu-Daten-fur-den-Wechsel-des-Stromversorgers-Anforderungen_de

Kommission; Auswahl von Projektförderungen zur Herstellung von erneuerbarem Wasserstoff
Am 20.05.2025 hat die Kommission die Auswahl von 15 Projekten zur Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff für eine öffentliche Finanzierung im Europäischen Wirtschaftsraum bekannt gegeben. Den Projekten stehen insgesamt EU-Mittel in Höhe von 992 Mio. EUR aus dem Innovationsfonds zur Verfügung. Die Projekte, die sich in fünf Ländern (u.a. DEU) befinden, sollen laut Kommission in zehn Jahren fast 2,2 Mio. Tonnen erneuerbaren Wasserstoff produzieren und mehr als 15 Mio. Tonnen CO2-Emissionen vermeiden.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1264

D i g i t a l

Kommission; Dritter Digitalpartnerschaftsrat zwischen der EU und Japan
Am 12.03.2025 fand in Tokio die dritte Sitzung des Digitalpartnerschaftsrat zwischen der EU und Japan statt. Ziel sei, die Zusammenarbeit in technischen und digitalen Bereichen zu vertiefen. Außerdem sollen laut Kommission die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Sicherheit kritischer digitaler Technologien erhöht werden. Es wurde beschlossen, die Forschung und Zusammenarbeit in den Bereichen Halbleiter, 5G/6G, Quanteninformatik, künstlicher Intelligenz, digitale Identität, vertrauenswürdige Dienste, Datenmanagement, Online-Plattformen, digitale Märkte, Cybersicherheit, Unterwasserkabel sowie Konnektivität zu verstärken. Im Rahmen dieses Rates wurde am Folgetag zusätzlich eine Absichtserklärung zur Stärkung der Zusammenarbeit in

den Bereichen der Quantenwissenschaft und -technologie unterzeichnet, die konkrete Umsetzungsmaßnahmen wie z.B. das Q-NEKO-Projekt anregen soll.
https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/eu-and-japan-reinforce-tech-and-digital-partnership

Kommission; Werbearchiv von TikTok verstößt gegen Gesetz über digitale Dienste (DSA)
Laut einer vorläufigen Feststellung der Kommission, veröffentlicht am 15.05.2025, verstößt das TikTok-Werbearchiv gegen das Gesetz über digitale Dienste (DSA). Die Feststellung ist Teil eines förmlichen Verfahrens, welches am 19.02.2024 von der Kommission eingeleitet wurde. Laut der Untersuchung kommt TikTok seiner Verpflichtung nicht nach, ein Werbearchiv zu veröffentlichen, welches es möglich macht, Betrugsanzeigen, hybride Bedrohungskampagnen, koordinierte Informationsoperationen oder gefälschte Werbung zu erkennen. Der Kommission nach fehlen Informationen über den Inhalt der Anzeigen, die angesprochenen Nutzerinnen und Nutzer und wer für die Werbung bezahlt hat. Das Archiv ist laut der Untersuchung ebenfalls einschränkend, da nicht umfassend nach Werbung gesucht werden könne.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1223

Forschung

Kommission; Eurobarometer-Umfrage zur Kultur
Kultur wird laut einer von der Kommission am 08.05.2025 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage von den Bürgerinnen und Bürgern der EU hochgeschätzt. Fast 90% der Befragten nehmen sie als wichtig wahr, etwa für Identitätsstiftung und Integration, und wünschen sich einen hohen Stellenwert von Kultur. Rund drei Viertel der Befragten sorgen sich um den Einfluss von KI auf das Auskommen von Kunstschaffenden, deren Bezahlung nur von rund der Hälfte als fair und ausreichend empfunden wird – hier wünschen sie sich eine stärkere Rolle der EU, so die Ergebnisse der Umfrage.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1166

Kommission; „Horizont Europa"-Fördermittel
Das kürzlich angenommene Arbeitsprogramm 2025 für „Horizont Europa" sieht Investitionen von insgesamt 7,3 Mrd. EUR für europäische Forschung und Innovation vor. Zentrale Aspekte aus dem Arbeitsprogramm umfassen ökologische und digitale Transformation und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. So sollen etwa 35% der Mittel für das Erreichen der Klimaschutzziele genutzt werden. Weitere 36% fließen alleine in digitalen Wandel, etwa in die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI). Auch soll laut Kommission die Lebensqualität steigen, etwa durch saubere Lösungen für die Automobil-Industrie, Wiederbelebung von Wohngegenden und niedrigere Energiepreise. Daneben sind auch die Reduktion des Verwaltungsaufwandes und weitere Talentförderung von Bedeutung.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1146

Kommission; Zusätzliche 1,25 Mrd. EUR für Forschungsprojekte in der EU
Am 15.05.2025 hat die Kommission angekündigt, im Jahr 2025 1,25 Mrd. EUR im Rahmen der Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) für Forschungsprojekte bereitzustellen. Gefördert werden soll die Spitzenforschung, wobei der Schwerpunkt auf der Entwicklung von Forschungstalenten, der Förderung der internationalen

Zusammenarbeit und der Herstellung von Verbindungen zwischen Forschung und Gesellschaft liegen soll. Zudem sollen der Forschungsnachwuchs sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aus der Ukraine vertrieben wurden, zielgerichtet unterstützt werden.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1221

F i n a n z e n

Rat; Euro-Gruppe über den Stand der Bankenunion unterrichtet
Am 12.05.2025 trafen sich die Mitglieder der Euro-Gruppe. Im Zuge dessen informierten die Vorsitzenden des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und des Einheitlichen Abwicklungsausschusses die Mitgliedstaaten (MS), die an der Bankenunion teilnehmen. Außerdem berichtete die Kommission über den aktuellen Stand der Verhandlungen über den EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung. Ferner wurde laut Rat über die jüngsten geopolitischen Entwicklungen und die bevorstehenden Herausforderungen diskutiert. Schließlich diskutierten die MS über die bisherigen Beratungen über den digitalen Euro. Davon ausgehend überlegte die Euro-Gruppe laut Rat, wie die Fortschritte beschleunigt werden könnten.
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2025/05/12/

Rat; ECOFIN-Rat diskutiert Sicherheitsmaßnahmen für Europa
Am 13.05.2025 hat sich der Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN-Rat) über das vorgeschlagene Instrument für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) ausgetauscht. Die Ministerinnen und Minister betonten laut Rat, dass die europäische Verteidigungsindustrie dringend unterstützt werden müsse und erörterten die haushaltspolitischen und wirtschaftlichen Aspekte der finanziellen Unterstützung durch das SAFE-Instrument; dieses soll den Mitgliedstaaten laut Rat dabei helfen, die Ausgaben für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern zu erhöhen; zu diesem Zweck soll ihnen eine finanzielle Unterstützung in Höhe von bis zu 150 Mrd. EUR in Form von Darlehen gewährt werden. Ferner berieten die Ministerinnen und Minister über die Wettbewerbsfähigkeit, die Vereinfachung von Rechtsvorschriften und die Frage, wie das Unternehmensumfeld in Europa verbessert werden kann. Der Schwerpunkt des Austauschs lag dabei auf der Spar- und Investitionsunion (SIU).
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2025/05/13/

Kommission; Frühjahrsprognose 2025
Am 19.05.2025 hat die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose für 2025 ein reales BIP-Wachstum von 1,1% in der EU und 0,9% im EUR-Währungsgebiet prognostiziert. Nach einem Durchschnitt von 2,4% im Jahr 2024 dürfte die Gesamtinflation im EUR-Währungsgebiet laut Kommission das EZB-Ziel bis Mitte 2025 und im Jahr 2026 durchschnittlich 1,7% erreichen. Das BIP-Wachstum im Jahr 2024 führt laut Kommission nach wie vor zu einem weiteren Beschäftigungswachstum. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums habe begonnen, von einem hohen Niveau abzunehmen.
https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2025-economic-forecast-moderate-growth-amid-global-economic-uncertainty_en?prefLang=de&etrans=de

Kommission; Rede von Präsidentin von der Leyen auf der jährlichen EU-Haushaltskonferenz 2025

Am 20.05.2025 hat die Kommissionspräsidentin ihre Positionen zum EU-Haushalt angesichts von drei Grundsätzen ausgeführt. Laut Kommission handelt es sich um folgende Grundsätze: 1. Flexibilität: Es müsse ein Gleichgewicht zwischen langfristigen Investitionen und der Möglichkeit geben, sich reibungslos an neue Gegebenheiten anzupassen. Der nächste Haushalt müsse da, wo es darauf ankommt, schnell, effizient und wirkungsvoll Ergebnisse liefern. 2. Kohärenz bei der Finanzierung der Prioritäten: Das sei eine wichtige Empfehlung des Draghi-Berichts. Die EU sei am wirkungsvollsten, wenn alle am gleichen Strang ziehen. Mit einer starken Steuerung auf europäischer Ebene, einem vereinfachten Zugang zu europäischen Fonds und koordinierten Maßnahmen vor Ort. Das sei der spezielle Mehrwert eines Haushalts auf kontinentaler Ebene. 3. Einfachheit: Der neue Haushalt müsse einfach gestaltet sein. Einfach zu verstehen und einfach in der Handhabung für Menschen, Unternehmen und Behörden gleichermaßen. Heute würden sich viele Unternehmen einfach nicht die Mühe machen, europäische Fördermittel zu beantragen, weil es zu kompliziert sei, zu langsam und zu teuer. Sie würden sich darüber beschweren, dass es eine unüberschaubare Anzahl von Programmen gäbe. Sie kämpften mit zu viel Bürokratie, sie erführen zu wenig Unterstützung, es gäbe zu viele verschiedene Gesprächspartner.
https://europa.eu/newsroom/ecpc-failover/pdf/speech-25-1284_de.pdf

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Rat; Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (Teil Sport)

Die Ministerinnen und Minister des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport traten am 12./13.05.2025 für eine Tagung zusammen. Mit dem Ziel der Steigerung der körperlichen Aktivität von Kindern und Jugendlichen und der Förderung des Sports als Instrument für körperliche und psychische Gesundheit, wurden Schlussfolgerungen zu einem integrierten Konzept für Sport und körperliche Aktivität im Bildungsbereich gebilligt. Darüber hinaus wurde eine Orientierungsaussprache über die Rolle von Sportlerinnen und Sportlern als wichtige Interessenträger in der Sportpolitik geführt. Dabei haben laut Rat Möglichkeiten und Herausforderungen bei der Beteiligung in der Sportpolitik, Best Practices der Mitgliedstaaten sowie der mögliche Aufbau einer Dialogplattform zur Unterstützung von Sportlerinnen und Sportlern im Mittelpunkt gestanden.
https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2025/05/12-13/

EuG; Zugang zu Textnachrichten zwischen Präsidentin von der Leyen und Albert Bourla, CEO von Pfizer

Am 14.05.2025 hat das Gericht der EU (EuG) in der Rechtssache T-36/23 Stevi und The New York Times / Kommission geurteilt, dass die Entscheidung der Kommission, den Zugang zu zwischen Präsidentin von der Leyen und dem CEO von Pfizer, Albert Bourla, ausgetauschten Textnachrichten zu verweigern, nichtig ist. Das EuG bezieht sich hierbei insbesondere auf die Verordnung über den Zugang zu Dokumenten, die sich im Besitz der EU-Organe befinden. Der Kommission ist es nicht gelungen, die Vermutung der Nichtexistenz und des Nichtbesitzes der angeforderten Dokumente im Zusammenhang mit dem Kauf von COVID-19-Impfstoffen zu entkräften.
https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-05/cp250060de.pdf

EuGH; Schlussanträge zur unionsrechtlichen Zulässigkeit bestimmter Regelungen des FIFA-Spielervermittlerreglements

Am 15.05.2025 hat Generalanwalt Nicholas Emiliou seine Schlussanträge in der Rechtssache C-209/23 (FT, RRC Sports GmbH/ Fédération internationale de football association (FIFA)) vorgelegt. Der Generalanwalt schlägt vor, festzustellen, dass die von Sportverbänden erlassenen Regelungen über die Tätigkeit von Fußballspielervermittlern nicht unter die sog. „Sport-Ausnahme" im EU-Recht fallen. Hierunter seien nur solche spezifischen Regelungen zu verstehen, die aus rein nichtwirtschaftlichen Gründen erlassen werden und sich auf Fragen beziehen, die ausschließlich den Sport betreffen. Bei Spielervermittlern, welche die Spieler unter anderem beim Wechsel von Vereinen beraten und somit selbst nicht Teil des eigentlichen Fußballbetriebs sind, greife diese Ausnahme nicht, sodass der Anwendungsbereich der Unionsvorschriften über den Wettbewerb und den Binnenmarkt eröffnet sei. Die Bestimmungen zur Vergütung und zu den Lizenzvoraussetzungen stuft der Generalanwalt selbst als wettbewerbsbeschränkend ein. Im DEU Ausgangsverfahren wandten sich zwei Fußballspielervermittler gegen bestimmte Regelungen des FIFA-Spielervermittlerreglements. Sie machten geltend, dass diese Regelungen gegen die Dienstleistungsfreiheit, die Wettbewerbsregeln sowie gegen Datenschutzbestimmungen der EU verstießen.
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=299648&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=826306

EuGH; Schlussanträge zur Anwendbarkeit bestimmter Regelungen der DFB-Spielervermittlerregelungen

In der Rechtssache C-428/23 (ROGON GmbH & Co. KG, MVI Management GmbH, DC/ Deutscher Fußballbund e. V. (DFB)) legte Generalanwalt Nicholas Emiliou am 15.05.2025 seine Schlussanträge vor. In dem DEU Ausgangsverfahren wandten sich zwei Unternehmen, die gegenüber Fußballspielern Beratungs- und Vertretungsdienstleistungen erbringen, und der Geschäftsführer eines dieser Unternehmen gegen die die Tätigkeit der Fußballspielervermittler betreffenden Regelungen des DFB. Es geht dabei um die Beurteilung der Unionskonformität des Regelwerks eines Sportverbands. Der Generalanwalt kommt zu dem Ergebnis, dass dabei insbesondere der Frage Bedeutung zukommt, ob mit einer wettbewerbsbeschränkenden Regelung dem Gemeinwohl gedient und ein legitimes, verhältnismäßiges Ziel verfolgt wird (sog. Meca-Medina-Rechtsprechung des EuGH).
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=299649&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=829065

EuGH; Schlussanträge zur Abwerbeverbotsvereinbarung in der portugiesischen ersten und zweiten Liga

Generalstaatsanwalt Nicholas Emiliou hat am 15.05.2025 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-133/24 (Tondela u.a./ Autoridade de Concorrência). Der Generalanwalt spricht sich dafür aus, eine während der COVID-19-Pandemie von Profisportvereinen im Einvernehmen mit ihrem nationalen Sportverband geschlossene Abwerbeverbotsvereinbarung („No-poach-Abrede") nicht als wettbewerbs-beschränkend im Sinne von Art. 101 Abs. 1 AEUV einzustufen, wenn ihr eigentlicher Zweck darin bestand, die Fairness und Integrität des von der Pandemie betroffenen sportlichen Wettbewerbs zu wahren. Im Ausgangsverfahren stellte sich für das vorlegende PTL Gericht die Frage, ob Abwerbeverbotsvereinbarungen, welche Fußallvereine der ersten und zweiten PTL Liga mit dem nationalen Fußballverband während der Covid-19-Pandemie geschlossen hatten, wettbewerbswidrig sind.
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=299652&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=940672

Kommission; Konsultation zum Verbraucherschutz
Am 19.05.2025 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen EU-Verbraucheragenda 2025-2030 eingeleitet. Die Agenda wird eine Liste von Maßnahmen enthalten, mit denen im Zeitraum 2025-2030 sichergestellt werden soll, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in vollem Umfang vom Binnenmarkt profitieren können. Unter anderem soll sie laut Kommission die Durchsetzung der Verbraucherschutzvorschriften stärken, schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher besser berücksichtigen und eine faire grüne und digitale Wirtschaft fördern. Die Frist für die Beteiligung an der Konsultation endet am 11.08.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14514-Verbraucheragenda-2025-2030-und-Aktionsplan-fur-Verbraucherinnen-und-Verbraucher-im-Binnenmarkt_de

Kommission; Einrichtung einer AMR-Arbeitsgruppe im Rahmen des One-Health-Ansatzes
Am 20./21.05.2025 haben sich Vertreterinnen und Vertreter der One Health Task Force, der fünf EU-Agenturen (ECDC, EMA, EFSA, EUA und ECHA) sowie der Generaldirektion SANTE (Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) getroffen. Neben Maßnahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Task Force wurde laut Kommission die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Antimikrobiellen Resistenz (AMR) angekündigt.
https://ec.europa.eu/newsroom/sante/items/884204/en

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Omnibus-Paket zur Gemeinsamen Agrarpolitik angenommen
Die Kommission hat am 14.05.2025 - in Form eines Verordnungsvorschlags - ein umfangreiches Maßnahmenpaket angenommen, mit dem es laut Kommission gelingen soll, Bürokratielasten für Landwirte und Verwaltungen zu verringern und eine flexiblere Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu ermöglichen. Konkret zielen die Maßnahmen auf weniger Verwaltungsaufwand, weniger Kontrollen, eine vereinfachte Krisenreaktion und den Investitionsbedarf des Sektors. Einsparungen für Landwirte von jährlich bis zu 1,58 Mrd. EUR und von bis zu 210 Mio. EUR für die nationalen Verwaltungen seien dadurch möglich, so die Kommission. Für kleine Höfe soll die jährliche Pauschalzahlung von 1.250 EUR auf 2.500 EUR angehoben werden. Durch vereinfachte Umweltanforderungen sollen zertifizierte ökologische Landwirtschaftsbetriebe künftig automatisch einige der EU-Umweltanforderungen für die Finanzierung erfüllen. Um den Verwaltungsaufwand für die Kontrollen zu verringern, sollen die Kontrollen laut Kommission durch den Einsatz von Satelliten und Technologie vereinfacht werden. Darüber hinaus werde ein neuer Grundsatz eingeführt: nur eine Vor-Ort-Kontrolle pro Jahr und Betrieb. Von Naturkatastrophen oder Tierseuchen betroffene Landwirte sollen dank neuer Krisenbeihilfen im Rahmen der GAP-Strategiepläne und dank flexiblerer und leichter zugänglicher Risikomanagementinstrumente besser unterstützt werden können. Die Mitgliedstaaten sollen von einer größeren Flexibilität bei der Anpassung ihrer GAP-Strategiepläne profitieren, da eine vorherige Genehmigung durch die Kommission nur noch für strategische Änderungen erforderlich sein soll. Nationale Verwaltungen sollen interoperable digitale Systeme entwickeln, damit Landwirte nach dem Prinzip „einmal melden, mehrfach nutzen“ ihre Daten nur noch einmal über ein einziges System übermitteln müssen.

https://webgate.ec.europa.eu/circabc-ewpp/d/d/workspace/SpacesStore/b595fc96-2988-44fb-86a5-4383cb070119/file.bin

Kommission; Konsultation zum Pflanzenschutz
Am 20.05.2025 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation im Rahmen der Aktualisierung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 zu Schutzmaßnehmen gegen Pflanzenschädlinge veröffentlicht. Dabei geht es laut Kommission um die Einrichtung von Schutzgebieten sowie um Verbote und Auflagen für die Einfuhr und den Handel mit bestimmten Pflanzen. Die Maßnahmen beruhen laut Kommission auf Risikobewertungen, die von der EFSA, der Europäischen Pflanzenschutzorganisation (EPPO) oder anderen Behörden durchgeführt wurden. Die Frist für die Beteiligung an der Konsultation endet am 17.05.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14569-Anderung-der-Ma%C3%9Fnahmen-zum-Schutz-vor-Pflanzenschadlingen_de

J u s t i z

EuGH; Urteil zur Gewährleistung der Verfahrensrechte schutzbedürftiger Personen in Strafverfahren
Mit Urteil vom 08.05.2025 entschied der EuGH in der Rechtssache C-530/23 (Baralo) auf Vorlage eines POL Gerichts über die Auslegung von zwei Richtlinien zum Schutz der Verfahrensrechte schutzbedürftiger Personen im Strafverfahren durch die Mitgliedstaaten (MS). Er kommt zu dem Ergebnis, Richtlinie 2016/1919 in Verbindung mit Richtlinie 2013/48/EU seien dahin auszulegen, dass die MS verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass die Schutzbedürftigkeit beschuldigter Personen oder Verdächtiger festgestellt und anerkannt wird, bevor sie in einem Strafverfahren befragt werden oder bevor in Bezug auf sie konkrete Ermittlungs- oder Beweiserhebungshandlungen vorgenommen werden. Zum anderen sei zu gewährleisten, dass sie für dieses Verfahren unverzüglich und spätestens vor ihrer Befragung durch die Polizei oder eine andere Strafverfolgungs- oder Justizbehörde oder vor der Durchführung von Ermittlungs- oder Beweiserhebungshandlungen, bei denen ihre Teilnahme vorgeschrieben oder zulässig ist, Zugang zu einem durch Prozesskostenhilfe finanzierten Rechtsbeistand erhalten. Ferner seien sie so auszulegen, dass sie vorschreiben, dass Entscheidungen, mit denen geprüft wird, ob ein Verdächtiger oder eine beschuldigte Person schutzbedürftig ist, und Entscheidungen, einer schutzbedürftigen Person Prozesskostenhilfe zu versagen und sie in Abwesenheit eines Rechtsbeistands zu befragen, mit Gründen zu versehen sind und Gegenstand eines wirksamen Rechtsbehelfs sein können.
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=Baralo&docid=299079&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3395648#ctx1

Kommission; Internationale Koalition erzielt Einigung über die Einrichtung eines Sondergerichtshofs für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine
Am 09.05.2025, dem Europatag, haben die Kommission, vertreten durch Kommissar Michael McGrath, die Hohe Vertreterin Kaja Kallas, der Europarat sowie der Ministerpräsident der Ukraine Denys Shmyhal und die Vertreter einer internationalen Koalition von Staaten gemeinsam in Lwiw (Lemberg) die Einrichtung eines Sondergerichtshofs innerhalb des Europarates für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine förmlich gebilligt. Alle Teilnehmer begrüßten den Abschluss der Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung eines Sondergerichtshofs und verpflichteten sich, ihn einzurichten, dafür zu sorgen, dass er seine Arbeit rasch aufnehmen kann,

und ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte dazu: „Mit diesem Europatag rückt Gerechtigkeit für die Menschen in der Ukraine näher. Wir stehen voll und ganz hinter dem Sondergerichtshof, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für das abscheuliche Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine verantwortlich sind. Die Menschen in der Ukraine verdienen Gerechtigkeit, und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit sie diese auch bekommen." Der Gerichtshof wird befugt sein, gegen politische und militärische Führungspersönlichkeiten Russlands, die die Hauptverantwortung für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine tragen, zu ermitteln, sie strafrechtlich zu verfolgen und vor Gericht zu stellen. Seine Einrichtung erfolgt auf Grundlage eines Abkommens zwischen der Ukraine und dem Europarat.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1169

EuGH; Urteil zu Online-Werbung mit der Zahlungsmodalität „Kauf auf Rechnung"

Am 15.05.2025 kam der EuGH in seinem Urteil in der Rechtssache C-100/24 (bonprix) zu dem Ergebnis, dass es sich bei dem Hinweis „Bequemer Kauf auf Rechnung" auf der Website eines im Onlinehandel tätigen Unternehmens um ein Angebot zur Verkaufsförderung im Sinne der Richtline über den elektronischen Geschäftsverkehr (2000/31/EG) handelt. Im DEU Ausgangsverfahren beanstandete die Verbraucherzentrale Hamburg die Werbepraxis des Onlinehändlers bonprix als irreführend, da für den Verbraucher nicht ersichtlich sei, dass eine Vorabprüfung seiner Kreditwürdigkeit erfolge. Der BGH hat den EuGH zur Auslegung der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr befragt. Letzterer legte nun dar, dass eine Werbeaussage eines Online-Händlers, mit der auf eine bestimmte Zahlungsmodalität hingewiesen wird, unter den Begriff „Angebot zur Verkaufsförderung" fällt, sofern diese Zahlungsmodalität dem Adressaten einen objektiven und sicheren Vorteil verschafft, der sein Verhalten bei der Entscheidung für eine Ware oder Dienstleistung beeinflussen kann. Bei einer wie im vorliegenden Fall beworbenen Zahlungsmodalität könne davon ausgegangen werden, dass sie die Kaufentscheidung beeinflusst, da der geschuldete Betrag dem Käufer länger zur Verfügung steht und damit zu einen Liquiditätsvorschuss führt. Der Werbehinweis „Bequemer Kauf auf Rechnung" stelle also ein „Angebot zur Verkaufsförderung" dar, so dass den Anbieter eine Informationspflicht trifft. Er muss insbesondere den Adressaten über die besonderen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Angebots in einfacher, klarer und eindeutiger Weise (vorliegend über die Erforderlichkeit einer positiven Prüfung seiner Kreditwürdigkeit) informieren.
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=299643&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=824631

EuG; Zwei Urteile im Markenstreit um die Unionsmarke AIRBNB

Am 21.05.2025 hat das Gericht der EU über zwei Klagen gegen das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) in den Rechtssachen T-1032/23, T-94/24 (Airbnb/EUIPO – Airtasker) in zwei zusammen verkündeten Urteilen entschieden. Im Jahr 2011 trug das EUIPO zugunsten von Airbnb die Unionsmarke AIRBNB für verschiedene Dienstleistungen und 2014 für verschiedene Waren und weitere Dienstleistungen ein. Die australische Firma Airtasker beantragte 2020, die Marke zu löschen, da sie in den letzten fünf Jahren nicht benutzt worden sei. Das EUIPO gab den Anträgen nur teilweise statt, da Airbnb die Benutzung der Marke für bestimmte Waren und Dienstleistungen, wie Unterkunftsvermittlung und bestimmte IT-Angebote, nachgewiesen habe, so dass sie insoweit eingetragen bleibe. Für andere Waren und Dienstleistungen, etwa für allgemeine Software, Reinigungsdienste sowie Bereitstellung von Bewertungen, sei die Marke zu löschen. Airbnb hat die Beschlüsse

des EUIPO, soweit mit ihnen den Löschungsanträgen stattgeben wurde, vor dem Gericht der EU angefochten. Dieses hob nun den Beschluss des EUIPO zur Löschung der Marke hinsichtlich Dienstleistungen im Zusammenhang mit der „Bereitstellung von Bewertungen und Feedback über Anbieter und Mieter von Immobilien aus virtuellen Communitys und sozialen Netzwerken“ auf. Im Übrigen wies es die Klagen ab.
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=300410&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3352329
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=300413&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3352616

I n n e r e s

Europol; Cyberkriminelles DDoS-Netzwerk zerschlagen
Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 07.05.2025 bekannt gab, haben Behörden aus POL vier mutmaßliche Administratoren eines internationalen DDoS-forhire-Netzwerks festgenommen. Die Verdächtigen sollen hinter sechs sogenannten Stresser- bzw. Booter-Plattformen gestanden haben, über die Kunden für wenige EUR gezielte Cyberangriffe buchen konnten. Die inzwischen abgeschalteten Dienste wurden laut Europol zwischen 2022 und 2025 für tausende Attacken auf Schulen, Behörden, Unternehmen und Gaming-Plattformen genutzt. In DEU wurden die von POL geführten Ermittlungen durch das Bundeskriminalamt (BKA) sowie die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main - Zentrale Stelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) - unterstützt.
https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/ddos-for-hire-empire-brought-down-poland-arrests-4-administrators-us-seizes-9-domains?mtm_campaign=press-releases-just-published-20250507&utm_term=press-releases-just-published&mtm_source=newsletter&mtm_medium=email&mtm_content=title&mtm_group=news

Kommission; Bereitstellung von weiteren 3 Mrd. EUR zur Umsetzung des Migrations- und Asylpakets
Am 09.05.2025 hat die Kommission einen Beschluss angenommen, um zusätzliche 3 Mrd. EUR für die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des Migrations- und Asylpakets und bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine bereitzustellen. Die zusätzlichen Mittel stammen aus dem überarbeiteten derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie aus einer Aufstockung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und des Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (BMVI).
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1176

ENISA; Datenbank für IT-Schwachstellen in Betrieb genommen
Die Agentur der EU für Cybersicherheit (ENISA) hat am 13.05.2025 eine Datenbank für IT-Schwachstellen (EUVD) in Betrieb genommen. Die EUVD, die gemäß der NIS2-Richtlinie entwickelt wurde, soll verlässliche und umsetzbare Informationen zum Ausnutzungsstatus von IT-Schwachstellen bieten. Ziel der EUVD sei es, ein hohes Maß an Vernetzung öffentlich zugänglicher Informationen aus verschiedenen Quellen sicherzustellen, darunter Computer Security Incident Response Teams (CSIRTs), IT-Anbieter und bestehende Datenbanken. Als vernetzte Datenbank ermögliche EUVD eine bessere Analyse und erleichtere die Korrelation von Schwachstellen – unter anderem durch die Integration des Open-Source-Tools „Vulnerability-Lookup“.

https://www.enisa.europa.eu/news/consult-the-european-vulnerability-database-to-enhance-your-digital-security

Rat; EP; Einigung über schrittweise Inbetriebnahme des digitalen Einreise-/Ausreisesystems (EES)
Der Rat und das EP haben am 19.05.2025 eine Einigung über die schrittweise Inbetriebnahme des EES erzielt. Die Einigung erlaubt es den Mitgliedstaaten (MS), das EES für das Grenzmanagement über einen Zeitraum von sechs Monaten schrittweise einzuführen. Die schrittweise Inbetriebnahme des EES soll es den MS ermöglichen, die Sicherheitsfunktionen des Systems zu nutzen, während den Grenzbehörden und dem Transportsektor mehr Zeit für die Anpassung an das neue Verfahren eingeräumt wird.
https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20250519IPR28492/border-security-agreement-on-gradual-roll-out-of-entry-exit-system

Kommission; Vorschlag zur erleichterten Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats
Die Kommission hat am 20.05.2025 einen Vorschlag zur erleichterten Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats vorgelegt. Der Vorschlag sieht u.a. vor, dass künftig die Verbindung zwischen dem Antragsteller und dem sicheren Drittstaat nicht mehr obligatorisch ist. Auch der Transit durch einen sicheren Drittstaat oder eine Vereinbarung mit einem sicheren Drittstaat soll nach dem Vorschlag für die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats ausreichend sein. Ziel des Vorschlages sei es, die Asylverfahren zu beschleunigen und den Druck auf die Asylsysteme zu verringern.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1224

Kommission; Evaluierung der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA)
Die Kommission hat am 20.05.2025 eine Evaluierung gestartet, in deren Rahmen die Leistung der EUAA im Verhältnis zu ihren Zielen, ihrem Mandat und ihren Aufgaben bewertet werden soll. Den anschließenden Bericht will die Kommission zusammen mit ihren diesbezüglichen Schlussfolgerungen dem EP, dem Rat und dem Verwaltungsrat der EUAA übermitteln. Die Rückmeldefrist endet am 17.06.2025.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14391-EU-Asylagentur-Evaluierung_de

Bildung und Kultur

Rat; Bildung; Hochschulstrategie, gemeinsamer europäischer Hochschulabschluss
Am 12.05.2025 hat der Rat in der Formation Bildung getagt und sich unter polnischem Vorsitz mit der Hochschulbildung befasst. In einer Empfehlung und einer parallel verabschiedeten Entschließung haben die Ratsdelegationen die Basis für die Einführung eines gemeinsamen europäischen Abschlusslabels für Hochschulen geschaffen und die nächsten Schritte zur möglichen Einführung eines gemeinsamen europäischen Abschlusses (Degree) dargelegt. In der Entschließung des Rates wird die Vision der Mitgliedstaaten (MS) für ein gemeinsames europäisches Abschlusslabel (Degree Label) dargelegt. Auch wird ein Fahrplan für die Einführung eines möglichen gemeinsamen (d.h. vollwertigen) Degree in drei Phasen bis 2029 vorgeschlagen. Vor der Einführung des Degree soll der Rat allerdings nochmals mit der Frage befasst werden. In der Empfehlung werden die Kriterien für die Verleihung des Degree Label

festgelegt. Dieses soll laut Rat für gemeinsame Studiengänge vergeben werden können, die im Rahmen einer transnationalen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen aus verschiedenen Ländern, darunter mindestens zwei MS, durchgeführt werden.
https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/05/12/council-takes-steps-towards-a-new-joint-european-degree-label/

Rat; Schlussfolgerungen zu inklusiven, lernzentrierten Verfahren
Am 12./13.05.2025 tagte der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport. Die für Bildung zuständigen Ministerinnen und Minister billigten Schlussfolgerungen zu inklusiven, lernzentrierten Verfahren in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und in der Schulbildung. Diese Bereiche spielten eine bedeutende Rolle, da dort Präventivmaßnahmen ergriffen würden, um soziale Ungleichheiten anzugehen und gleichzeitig das langfristige individuelle und gesellschaftliche Wohlbefinden zu fördern, so die Ministerinnen und Minister. In den Schlussfolgerungen wird dargelegt, warum widerstandsfähigere und inklusivere Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung aufgebaut werden müssen. Jeder Mensch müsse Zugang zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung sowie zu lebenslangem Lernen haben. Die Mitgliedstaaten (MS) werden aufgefordert, gegebenenfalls weiterhin integrierte und umfassende Strategien für den schulischen Erfolg und inklusive Maßnahmen zu entwickeln, um die aktive Beteiligung aller Kinder und Lernenden zu fördern. Um die Fähigkeiten der Kinder und ihr Wohl zu unterstützen, sei auch eine breitere Einbeziehung von Familien, Eltern oder gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern in den Alltag von Schulen erforderlich.
https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6509-2025-INIT/de/pdf

Information, Kommunikation und Medien

Rat; Ratsschlussfolgerungen zu audiovisuellen Mediendiensten
Der Rat für Kultur und Medien hat am 13.05.2025 in öffentlicher Sitzung Schlussfolgerungen zur Prüfung des Rechtsrahmens für audiovisuelle Mediendienste und Video-Sharing-Plattform-Dienste (sog. VSP-Dienste) angenommen. Diese betonen laut Rat die entscheidende Rolle der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) für den Schutz und die Förderung eines vielfältigen und wettbewerbsfähigen Marktes für audiovisuelle Medien in der EU sowie bei der Gewährleistung unabhängiger, vertrauenswürdiger und kulturell vielfältiger audiovisueller Inhalte. Vor dem Hintergrund einer möglichen Revision der AVMD-Richtlinie fordern die Mitgliedstaaten die Kommission auf, zu untersuchen, ob Präzisierungen ihres Anwendungsbereichs notwendig sind und ob der Schutz von Minderjährigen noch hinreichend gewährleistet wird. Sie soll auch prüfen, ob die derzeitigen Bestimmungen der AVMD-Richtlinie zu VSP-Diensten ausreichen, um die Öffentlichkeit vor Schäden und anderen gesellschaftlichen Risiken zu schützen. Die Schlussfolgerungen befassen sich laut Rat mit weiteren Aspekten der AVMD-Richtlinie wie nationale Maßnahmen zur Herausstellung von Inhalten von allgemeinem Interesse und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.
https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/05/13/council-sets-out-its-priorities-for-the-audiovisual-media-sector/

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Ausschreibung von 48 Europe Direct Zentren in DEU für den Zeitraum 2026-2030

Die Kommission hat die offizielle Neu-Ausschreibung von 48 Europe Direct Zentren in DEU für den Zeitraum 2026-2030 gestartet. Diese Zentren sind auf lokaler und regionaler Ebene Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger für alle Fragen rund um die EU. Die Zentren bilden gemeinsam ein Netzwerk, alle fünf Jahre findet eine Neu-Ausschreibung statt. Bewerberinnen und Bewerber müssen juristische Personen mit Sitz in DEU sein und u.a. den folgenden Kategorien angehören: öffentliche Einrichtungen wie Gemeinden, private Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag, Verbände und Stiftungen sowie Sozialpartner oder zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Europe Direct Zentren erhalten eine jährliche Förderung i.H. von 44.000 EUR für ihre Kommunikationsaktivitäten. Bewerbungsschluss ist der 24.06.2025.
https://germany.representation.ec.europa.eu/ausschreibung-fur-die-neue-generation-europe-direct-2026-2030_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Empfang für Nationale Expertinnen und Experten in den EU-Institutionen

Am 15.05.2025 kamen rund 150 Nationale Expertinnen und Experten zu einem Empfang in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU zusammen. Eingeladen hatte das Verbindungskomitee für Nationale Experten (CLENAD) unter Leitung seiner Präsidentin Beate Zapletal. Der CLENAD-Empfang fand zum dritten Mal in der hessischen Vertretung in Brüssel statt. Nationale Experten sind Beamtinnen und Beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen (v.a. Ministerien) der 27 Mitgliedstaaten, die für maximal sechs Jahre an die EU-Institutionen abgeordnet werden. Die insgesamt mehr als 1.200 Nationalen Experten, davon knapp 1.000 in Brüssel, unterstützen die Arbeit in den EU-Institutionen, insbesondere in der Kommission. Gastrednerin in diesem Jahr war Beate Gminder, Generaldirektorin der Generaldirektion Migration und Inneres der Kommission. CLENAD-Präsidentin Beate Zapletal dankte dem Land Hessen für die Gelegenheit, sich kennenzulernen und auszutauschen.

„Finanzwelt in Europa“: „Omnibus versus Nachhaltigkeit? – Stimmt der Kurs der Kommission?“

Am 19.05.2025 fand auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, zusammen mit der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen sowie dem Sustainable Finance Cluster (SFC) in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel eine Abendveranstaltung aus der Reihe „Finanzwelt in Europa“ mit dem Titel „Omnibus versus Nachhaltigkeit? – Stimmt der Kurs der Kommission?“ statt. Es ging im Kern um die Frage, ob die aktuellen Reformvorschläge der Kommission das richtige Instrumentarium sind, um nachhaltige Finanzierung zu beschleunigen, ohne dabei insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit zusätzlichen bürokratischen Hürden zu belasten. Diesen Spannungsbogen beschrieb Pentz, als er die Bedeutung Hessens in der Finanzwelt als „pulsierender Finanzstandort“ hervorhob – nicht ohne direkt im Anschluss allen Anwesenden auch mit Nachdruck seine persönliche Bitte vorzutragen, das Thema „less bureaucracy“ in ihre anschließenden Diskussionen mitzunehmen. Dem schloss sich in seinem Eingangsimpuls Dr. Michael Reckhard an,

Mitglied der Geschäftsleitung der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank), der zudem die Bedeutung der Finanzplätze für die Wettbewerbsfähigkeit und die Transformation zu einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betonte. Über das im Februar 2025 von der Kommission vorgeschlagene „Omnibus-Paket“ diskutierten in der anschließenden, vom Chefreporter der Börsen-Zeitung, Dr. Detlef Fechtner, moderierten Podiumsdiskussion Petra Sandner, Chief Sustainability Officer der Helaba, Elena Arveras, Mitglied des Kabinetts von Finanzdienstleistungs-Kommissarin Albuquerque, sowie MdEP Markus Ferber (EVP/DEU). Sandner wies zunächst darauf hin, dass Frankfurt bestens positioniert sei, um aus den regulatorischen Anpassungen reale Investitionsimpulse für Green Finance zu generieren. Arveras unterstrich die Bedeutung der internationalen Interoperabilität von Berichtsstandards und betonte, dass das Ziel der Kommission, die administrative Belastung bis zum Ende des Mandats um 25 % bzw. 35 % für KMU zu reduzieren, europäische Unternehmen auf der globalen Bühne wettbewerbsfähiger machen werde. MdEP Markus Ferber unterstrich, dass gerade KMUs oft von den komplexen Anforderungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung überfordert seien. Mit dem Omnibus wolle man erreichen, dass Nachhaltigkeit nicht mehr gleichbedeutend mit Bürokratie sei. In seinem Schlusswort unterstrich Matthias Hübner, Geschäftsführer des SFC, dass die Reformen genau dort ansetzen würden, wo viele Unternehmen bisher gezögert hätten: bei der Umsetzbarkeit.

„Demokratie unter Druck, Krieg in Europa – Wohin steuert die akademische Freiheit in Osteuropa?“

Auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz und des Leibniz-Forschungsnetzwerks Östliches Europa fand am 20.05.2025 eine Veranstaltung mit dem Titel „Demokratie unter Druck, Krieg in Europa – Wohin steuert die akademische Freiheit in Osteuropa?“ statt. Prof. Dr. Ulf Brunnbauer, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, betonte in seiner Begrüßung, dass es ohne die akademische Freiheit kein freies Europa geben könne, welche insbesondere in Osteuropa vor spezifischen Herausforderungen stehe. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof. Dr. Diana Mishkova, Akademische Leiterin des Zentrums für Höhere Studien Sofia; Dr. Valeriya Korablyova, Fachbereich für Sozialwissenschaften der Karls Universität Prag; Dr. Gábor Egry, Institut für Politische Geschichte Budapest sowie Dr. Tomasz Poprawka, Direktor der Kontaktagentur für Polnische Wissenschaft (PolSCA). Zunächst wurde festgestellt, dass die akademische Freiheit vor allem durch Formen der (Selbst-) Zensur bedroht sei, die auf politischen, gesellschaftlichen oder internationalen Druck zurückzuführen seien. Die EU-Förderung habe positive Veränderungen bewirkt, aber es bestünden nach wie vor Ungleichheiten in der geographischen und fachlichen Perspektive. Es wurde hervorgehoben, dass besonders die Sozialwissenschaften und die Geisteswissenschaften betroffen sind, die eine wichtige Rolle spielen, um soziale Realitäten in ihrer Komplexität zu verstehen und kritisches Denken zu fördern. Als wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Wissenschaftsfreiheit wurden finanzielle und akademische Transparenz in den Entscheidungsprozessen, Inklusion und die Anpassung der Wissenschaft zur besseren Zugänglichkeit vorgeschlagen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Peter Haslinger, Direktor des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

26.05.2025	Rat Landwirtschaft und Fischerei
26.05.2025	Rat Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung)
27.05.2025	Rat Allgemeine Angelegenheiten
02./03.06.2025	Informelles Ministertreffen EU-USA Justiz und Inneres
05.06.2025	Rat Verkehr, Energie und Telekommunikation (Formation Verkehr)
06.06.2025	Rat Verkehr, Energie und Telekommunikation (Formation Telekommunikation)
19./20.06.2025	Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Europäische Kommission

28.05.2025	„Start-up“ und „Scale-up“ Strategie
	Strategisches Konzept der EU für die Schwarzmeer Region Vereinfachung der Garantie für Außenmaßnahmen
04.06.2025	Haushaltsentwurf 2026 Paket zur Wasserresilienz Frühjahrspaket des Europäischen Semesters Internationale Digitalstrategie - Stärkung der Führungsrolle der EU in globalen digitalen Angelegenheiten Vorübergehender Schutzstatus für Ukrainer EU-Ozeanpaket

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments findet vom 16.06. bis 19.06.2025 statt.

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 26.05.-06.06.2025:

03.06.2025	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-460/23 Kinsa – Strafbarkeit der Beihilfe zur unerlaubten Einreise aus humanitären Gründen (ITL)
03.06.2025	Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-1078/23 Meta Platforms / Kommission – Benennung von zentralen Plattformdiensten
05.06.2025	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-359/24 Kommission / Griechenland (Aktualisierung der Pläne für die Bewirtschaftung von Einzugsgebieten und für das Management von Hochwasserrisiken) – Bewirtschaftung von Einzugsgebieten und Hochwasserrisikomanagement
05.06.2025	Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-769/22 Kommission / Ungarn (Werte der Union) – Zugang zu Inhalten betreffend die Abweichung von der Identität, die dem Geschlecht bei der Geburt entspricht, Geschlechtsumwandlung und Homosexualität
05.06.2025	Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-696/23 P Pumpyanskiy /, C-704/23 P Khudaverdyan /, C-711/23 P Rashnikov /, C-35/24 P Mazepin /, und C-111/24 P Kahn / Rat – Restriktive Maßnahmen: Russland
05.06.2025	Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-811/23 P Kommission / Zippo Manufacturing u. a. – Zusätzliche Zölle auf bestimmte Feuerzeuge mit Ursprung in den USA
05.06.2025	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-526/24 Brillen Rottler – Auskunftsersuchen nach der DSGVO – Schadensersatzanspruch (DEU)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 06.06.2025.

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

Vereinigte Staaten von Amerika	**USA**